



Themen

Seite 1

OB-Konferenz: Chancen der Zuwanderung

Seite 3

Eine Stadt ist nicht leise

Seite 4

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Seite 5

Unterbringung von Asylbewerbern

Seite 6

Mehr für Sanierung von Wohnungen

Seite 7

Sammelband über Kommunalarchive

OB-Konferenz: Chancen der Zuwanderung

Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister aller kreisfreien Städte und Großen Kreisstädte in Bayern trafen sich am 21. Mai 2015 zur zweiten OB-Konferenz des Bayerischen Städtetags im Nürnberger Rathaus. Sie diskutierten mit Kommunalminister Joachim Herrmann über aktuelle kommunalpolitische Themen.

Der Innenminister und die Stadtoberhäupter sehen in der Zuwanderung eine Chance, wenn die Integration gelingt. Herrmann lobte die gute Zusammenarbeit. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, zeigte auf, in welchen Bereichen die Staatsregierung ihren Einsatz erhöhen muss, damit die Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern gelingt. Einigkeit bestand, dass sich der Bund stärker einbringen muss.

Trotz der vielfältigen aktuellen Herausforderungen bei der Unterbringung und Versorgung der großen Zahl täglich neu ankommender Flüchtlinge oder bei der Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge nahmen die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister die anstehenden Aufgaben in den Blick: Die Eingliederung der hier bleibenden Flüchtlinge und anerkannten Asylbewerber in die Gesellschaft. Hierbei geht es um das Lernen der deutschen Sprache, um die Integration in die Gesellschaft und in die Arbeitswelt und vor allem um die Versorgung mit günstigen Wohnungen. Bei der Versorgung mit Wohnraum darf es nicht zu Konkurrenzen zwischen Familien, Alleinerziehenden, älteren Menschen und Flüchtlingen kommen. Angesichts der langen Wartelisten für Sozialwohnungen und der großen Zahl an hier bleibenden Flüchtlingen ist dieses Ziel eine schwierige Herausforderung. Minister Herrmann stellte das kürzlich im Kabinett beschlossene Maßnahmenpaket zur dauerhaften Versorgung anerkannter Flüchtlinge mit Wohnraum vor; es geht dabei auch um ein Paket zur

Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Website: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Geäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



Steigerung des Wohnungsbaus für alle Bürger. Die Wohnraumfördermittel sollen für die kommenden fünf Jahre um jeweils 50 Millionen Euro erhöht werden. Staatseigene Immobilien, insbesondere der Immobilien Freistaat Bayern (IMBY), sollen stärker herangezogen werden. Leere Gebäude sollen mit Mitteln der Städtebauförderung saniert und bewohnbar gemacht werden.

Der Bayerische Städtetag hat sich in vielen Gesprächen auf allen politischen Ebenen dafür eingesetzt, die Wohnraumförderung für alle bedürftigen Teile der Gesellschaft zu intensivieren. Das Maßnahmenpaket der Staatsregierung verfolgt einen richtigen Weg. Damit es auf nahrhaften Boden fällt, müssen ausreichend Flächen mobilisiert werden. Dabei trifft man auf Hürden des Planungs- und Immissionsschutzrechts und auf Grenzen der Verfügbarkeit geeigneter Flächen. Maly betonte, dass ein spürbarer Erfolg nur ein-

treten wird, wenn Bund, Freistaat und Kommunen ihre Kräfte in einem Förderpooling bündeln. Dabei geht es auf kommunaler Seite um die Mobilisierung von Bauland, um eine Vergabe von Grundstücken in Konzeptauftreibungen oder gar um eine vergünstigte Abgabe im Rahmen haushaltrechtlicher Grenzen. Der Blick ist nun auf den Bund gerichtet. Derzeit wird über die Wiedereinführung der degressiven Absetzung für Abnutzungen (AfA) für den Mietwohnungsbau, über Investitionszulagen oder über Modifikationen des Immissionsschutzrechts diskutiert. Der Bund trägt Verantwortung wegen der sozialen und energetischen Dimension der Wohnraumversorgung und des Wohnungsbestands. Dies gilt unverändert auch nach der Föderalismusreform. Bund, Freistaat und Kommunen müssen eng zusammenarbeiten.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

BAYERISCHER STÄDTETAG 2015

am 22. und 23. Juli 2015 in Passau

Gesund schrumpfen – über sich hinauswachsen. Demografischer Wandel in Stadt und Land

Am Mittwoch, **22. Juli**, treffen sich um 13:30 Uhr CSU, SPD und 3. Gruppe zu ihren Besprechungen. Anschließend findet am Nachmittag die interne Vollversammlung statt. Am Abend lädt die Stadt Passau zum Empfang.

Am Donnerstag, **23. Juli**, steht um 9:00 Uhr nach der Begrüßung durch den zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, Erster Bürgermeister **Josef Pellkofer**, und Gastgeber Oberbürgermeister **Jürgen Dupper** die Ansprache des Städtetagsvorsitzenden Oberbürgermeister **Dr. Ulrich Maly** zum demografischen Wandel in Stadt und Land auf dem Programm. Auf die Rede von **Jiri Burianek**, Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, folgt eine Podiumsdiskussion unter Moderation von **Stefan Maier** (Bayerischer Rundfunk, Redaktion Bayern 2-Radiowelt) mit Innenminister **Joachim Herrmann**, Professorin **Dr. Doris Rosenkranz** (Technische Hochschule Nürnberg), Erster Bürgermeisterin **Karin Bucher** (Cham), Oberbürgermeister **Dr. Harald Fichtner** (Hof) und Oberbürgermeister **Joachim Wolbergs** (Regensburg); das Schlusswort spricht der erste stellvertretende Vorsitzende Oberbürgermeister **Dr. Kurt Gribl** (Augsburg).

OB-Konferenz des Bayerischen Städtetags in Nürnberg

„Stadt ist nicht leise, trotzdem wollen Menschen da wohnen“

„Eine Stadt ist nicht leise, und trotzdem wollen Menschen da wohnen“, stellte Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, bei der Oberbürgermeisterkonferenz des Bayerischen Städtetags am 21. Mai 2015 in Nürnberg fest. Das Leben in der Stadt erfreut sich einer Renaissance: Jung und Alt, Familien und Alleinstehende leben gerne zentral.

Zuwanderung kristallisiert sich als ein entscheidender Faktor für Wachstum, berichtete Innenminister Joachim Herrmann auf Grundlage einer aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung. Die Menschen ziehen in die Ballungsräume. Doch das Wachstum der Bevölkerung zieht auch ein Wachstum des Lärms nach sich. Wo Leben herrscht, geschieht das nicht leise. Und weil in den Städten Leben herrscht, ziehen Städte noch mehr Menschen an. Das bunte Treiben der Stadt ist Magnet und zugleich Problem: Wird es zu bunt, möchten sich manche Menschen vom Treiben zurückziehen - auf der Suche nach Ruhe. Lärm ist dann nicht erwünscht, sondern störend.

Urbanität macht Städte attraktiv. Dazu gehört Lärm, der mancherlei Probleme bereitet: Er bedroht die Existenz traditioneller Feste, das gesellige Zusammensein im städtischen Flair, etwa in der Fürther Gustavstraße, die wohnortnahe spielerische Betätigung von Kindern und Jugendlichen auf Spiel- oder Bolzplätzen, die sonntäglichen Vereinsspiele auf dem Fußballplatz nebenan, vor allem dann, wenn neue Wohnungen hereinrücken.

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Innenminister Joachim Herrmann sind sich darin einig, dass nach der Art der Lärmquelle unterschieden werden muss: Der Lärm, der vom geselligen Zusammensein in Kneipen und Gaststätten in den Innenstädten, vom Spielen der Kinder, von Sportveranstaltungen der vielen Vereine oder von kulturellen Ereignissen ausgeht, also der „soziale Lärm“, müsse wohlwollender behandelt wer-

den als der Gewerbelärm. Es handelt sich dabei um den Grundlärm der Großstadt.

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly stellte klar, dass es nicht darum gehe, dem Treiben in der Stadt freien Lauf zu lassen. Keine Oberbürgermeisterin und kein Oberbürgermeister möchte den Bürgerinnen und Bürgern übermäßig Lärm zumuten. Es geht laut Maly aber um eine lebensgerechte Ausgestaltung des notwendigen Rahmens. So geht es etwa darum, in begründeten Fällen den Lärm-Konflikt mit dem Gewerbebetrieb oder dem Fußballplatz auch mit Schallschutzfenstern lösen zu dürfen.

Auch muss hinterfragt werden, ob die sonntäglichen Mittagsruhezeiten der Sportanlagenlärmsschutzverordnung noch zu den Freizeitgewohnheiten der Städter von heute passen. Auch das abendliche Freizeitverhalten hat sich seit Einführung der Sommerzeit geändert. Die Lärmschutzzeit ab 22 Uhr sollte, der Sommerzeit entsprechend, wie bei Biergärten auch für die Außen gastronomie in bestimmten Zonen der Innenstädte auf 23 Uhr verschoben werden können.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de
monika.geiss@bay-staedtetag.de

Informationsbrief elektronisch

Sie können den **INFORMATIONSBRIEF** auch elektronisch beziehen: Unter www.bay-staedtetag.de gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „**Elektronischer Abodienst**“ und klicken „**Informationsbrief und PR-Mitteilungen**“ an, um sich anzumelden

System der Jugendhilfe stößt an Grenzen

Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen steigt

Im vergangenen Jahr musste der Freistaat Bayern erkennen, dass die ständig zunehmende Zahl von Flüchtlingen nicht mehr mit dem vorhandenen System bewältigt werden kann. Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge kann dieses Jahr in einigen Regionen offenbar bis zum Zehnfachen des Vorjahres steigen. Dort müssen Notfallpläne vorbereitet und teilweise bereits umgesetzt werden. Denn die Aufnahme der jungen Flüchtlinge erfolgt vorrangig in der kommunalen Jugendhilfe. Bei der landesweiten Verteilung gibt es weiter Probleme bei den erwachsenen und den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Bei der Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sind vor allem die Städte an wichtigen Süd/Nord-Transitrouten von Italien und Ost/West-Transitrouten vom Balkan und in Grenznähe betroffen, wie etwa die Städte Passau, Rosenheim und München. Wegen des G7-Gipfels Anfang Juni 2015 wurden die Grenzkontrollen verschärft, so dass noch deutlich mehr junge Flüchtlinge als sonst aus den Zügen, Bussen und Schlepperfahrzeugen herausgeholt und der örtlich zuständigen Jugendhilfe übergeben wurden.

Die Stadt Passau zum Beispiel hat bis Mai 2015 schon über 600 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Obhut nehmen müssen. Diese jungen Menschen müssen im System der Jugendhilfe aufgenommen werden, das bisher weder für diese hohe Zahl noch für die unterschiedlichen Bedürfnisse der jungen Flüchtlinge eingerichtet ist. Nach der Inobhutnahme schließt sich die Prüfung des Jugendhilfebedarfs an.

Ein Teil der jungen Menschen ist durch die lange Flucht traumatisiert. Es müssen jeweils Plätze in Jugendhilfeeinrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Solche Plätze sind in Bayern knapp, da inzwischen die letzten Reserven bereits mit rund 8.000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen belegt sind. Die Schaffung neuer Plätze ist

schwierig geworden, weil der Arbeitsmarkt für geeignete Erzieher leergefegt ist.

Wenn stark belastete Städte wie Passau, Rosenheim und München diese jungen Menschen nicht mehr in Einrichtungen weiter vermitteln können, sind ihre Aufnahmekapazitäten voll und die Jugendhilfearbeit ist stark gefährdet.

Der Freistaat Bayern scheint nun zu erkennen, dass das örtlich tätige Jugendhilfesystem für diese Flüchtlingsströme nicht geeignet ist und hofft, durch verbesserte finanzielle Anreize die interkommunale Solidarität zu befördern. Damit käme der Freistaat endlich einer seit langem geäußerten Forderung des Bayerischen Städtetags nach.

Wenn die Kommunen schon im Bereich der Unterbringung von Asylbewerben und Flüchtlingen sowie von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen den Freistaat bei seinen Aufgaben tatkräftig unterstützen, dann dürfen der Freistaat und der Bund die Kommunen nicht auf einem wesentlichen Teil der Kosten sitzen lassen.

Belastete Städte müssen derzeit ihre Haushalte umstrukturieren und teilweise freiwillige Leistungen einschränken, damit die Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge durchgeführt werden kann. Sollte das jetzt geplante „beschleunigte Verfahren“ und eine durch Anreize gestärkte landesweite Verteilung nicht ausreichenden Erfolg bringen, müsste doch wieder über zentrale staatliche Aufnahmeeinrichtungen auch für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nachgedacht werden. Ein bundesweites Verteilungsverfahren ist auch für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unerlässlich.

Kontakt: julius.forster@bay-staedtetag.de

Verteilung in Städten, Gemeinden und Landkreisen

Unterbringung von Asylbewerbern in Bayern

Bei der Aufnahme und der Unterbringung von erwachsenen Asylsuchenden stehen weiterhin schwierige Zeiten im Freistaat Bayern bevor. Anfang Mai 2015 hat das für die Durchführung von Asylverfahren zuständige Bundesamt (BAMF) die Zugangsprognose für das Jahr 2015 von bislang geschätzten 300.000 auf 450.000 Antragsteller erhöht.

Für Bayern bedeutet dies eine Zunahme von unter 50.000 auf knapp 70.000 Asylbewerber. Diese Menschen müssen zunächst aufgenommen und dann untergebracht werden.

Der Ausbau der Kapazitäten bei staatlichen Gemeinschaftsunterkünften hält mit dem steigenden Zuzug von Asylsuchenden nicht Schritt. So mit sind innerhalb weniger Jahre die dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten durch die Kommunen von Null auf derzeit rund 60 Prozent der gestellten Unterbringungsmöglichkeiten angewachsen. Diese Zahl wird schon in den nächsten Monaten weiter stark steigen.

Letztlich wird sich diese enorme Aufgabe nur dann solidarisch schultern lassen, wenn in möglichst vielen Städten und Gemeinden anteilig Asylsuchende untergebracht werden können.

Aus diesem Grund hat sich die bayerische Sozialministerin Emilia Müller gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags und den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags und Bayerischen Landkreistags an alle Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte in Bayern mit der Bitte gewandt, entsprechende Vorsorge zu treffen, Unterkünfte zu schaffen und vorausschauend zu planen.

Derzeit stellt sich die Verteilung auch bei den erwachsenen Asylsuchenden in Bayern noch sehr unterschiedlich dar. Zwar leben inzwischen in allen kreisfreien Städten und Landkreisen Asyl-

bewerber, die Verteilung innerhalb der Landkreise auf die kreisangehörigen Gemeinden sollte sich auch in Zukunft im Regelfall möglichst an den Einwohnerzahlen orientieren, damit es künftig nicht länger durch Zufälligkeiten zu übermäßigen Belastungen kommt.

Kontakt: julius.forster@bay-staedtetag.de

Informationsbrief als App



Den Informationsbrief des Bayerischen Städtetags gibt es auch als App für Mobilgeräte. Die App steht zum kostenlosen Download im Apple Appstore und im Google Playstore zur Verfügung:

https://appsto.re/de/n6E_6.i

<https://play.google.com/store/apps/details?id=de.silkcodeapps.infobrief>

Verband bayerischer Wohnungsunternehmen

Mehr für Sanierung und Instandhaltung von Wohnungen

Am 20. Mai 2015 trafen sich die GeschäftsführerInnen bayerischer kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen zur Verbandstagung des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen in Coburg. Verbandsdirektor Xaver Kroner blickte auf ein gutes Jahr 2014 zurück.

Die verbesserten Rahmenbedingungen seit 2012 machten sich laut Kroner langsam bemerkbar. So konnten die bayerischen Wohnungsunternehmen den Mietwohnungsbau deutlich spürbar ausweiten und darüber hinaus über eine drei Viertel Milliarde Euro in die Sanierung und Instandhaltung des Wohnungsbestands investieren. Dabei konnten die Wohnungsunternehmen den Mietzins bei durchschnittlich nur 5,56 Euro pro Quadratmeter halten.

Auch konnte der vdw Bayern 2014 politische Erfolge verbuchen, etwa dass die bayerische Wohnraumförderung nicht mehr zwingend die Anwendung der VOB/A voraussetzt oder dass – auch infolge der Beratungen im Bayerischen Städtetag – einige Städte die Anforderungen der Stellplatzsatzungen reduzierten. Vdw und Wohnungsunternehmen möchten sich auf den Erfolgen nicht ausruhen: Stark steigende Baukosten (diese sind seit dem Ende der 1990er Jahre um 300 Prozent gestiegen) und die steigende Nachfrage nach preiswertem Wohnraum verlangen stetigen Einsatz – und vor allem eine Ausweitung staatlicher Förderung mit Zuschüssen. Auf Zinsvergünstigung setzende staatliche Förderung gibt bei den aktuellen Marktzinsen keinen Anreiz.

Der Gastgeber, Coburgs Oberbürgermeister Norbert Tessmer, skizzierte in seiner Begrüßungsrede den aktuellen Rahmen: Leben in der Stadt, dem Ort der Gegensätze, verschiedener Bevölkerungsschichten und Kulturen und der Demokratie, erfreut sich wieder einer hohen Beliebtheit. Die Singularisierung der Bevölkerung erhöht zugleich den Raumbedarf. Eine älter wer-

dende Gesellschaft benötigt altersgerechte Wohninfrastruktur. Der demografische Wandel und begleitende gesellschaftliche Entwicklungen stellen die Wohnungswirtschaft vor schwere Herausforderungen.

Kroner sieht die große Zahl an Flüchtlingen und Asylbewerbern als eine Chance an. Zuzug sei eine Bereicherung für unser Land. Er verglich die aktuelle Situation mit der Nachkriegszeit, als eine große Zahl Vertriebener in die Gesellschaft integriert wurde. Heute reichern neue Kulturen, neue Sprachen unsere Gesellschaft an, wenn die Integration gelingt. Die bayerischen Wohnungsunternehmen wollen bei der Integration ihren Beitrag leisten und durch preiswerten Wohnraum den Grundstein zu einer gelungenen Integration legen.

Auf Knopfdruck können aber nicht 7000 Sozialwohnungen pro Jahr errichtet werden. Hierfür muss das Förderwesen grundlegend geändert werden: Der Staat muss echte Zuschüsse gewähren. Kroner richtete den Appell auch an die Kommunen. Viele Städte leisten durch Konzeptausschreibungen für den sozialen Wohnungsbau bereits einen entscheidenden Beitrag, indem sie auf eine Höchstpreisvergabe verzichten. Kroner bittet die Städte, diesen Beispielen zu folgen und damit dem starken Baukostenanstieg entgegenzuwirken.

Kroner warnte davor, strukturschwache und von Abwanderung betroffene Regionen abzuhängen. Ansprechender Wohnraum dürfe auch dort nicht fehlen. Qualitätsvolles Wohnen schafft Attraktivität und Perspektive. Sofern der Bedarf nach neuen Wohnflächen nicht besteht, müsse Qualität durch Ersatzneubau erhalten und erweitert werden. Auch eine Abrissförderung dürfe kein Tabu sein.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Neues Buch des Arbeitskreises Stadtarchive beim Städtetag

Kommunalarchive sind lebhafte Häuser der Geschichte

Kommunalarchive müssen keine staubige Angelegenheit sein: Sie sind das lebhafte Gedächtnis einer Stadt. Archive wandeln sich mit den Zeiten, sie öffnen sich, präsentieren ihre Bestände, sind offen für Historiker, Familienforscher, Interessierte und Schulklassen. Sie gestalten Ausstellungen, verfassen Kataloge zur Stadtgeschichte und präsentieren sich via Internet einer digitalen Öffentlichkeit.

Die breite Fülle an Aufgaben und die Bedeutung von kommunalen Archiven zeigt ein Handbuch, das gleichzeitig auch als Ratgeber für Archivare und unterhaltsames Panoptikum zur Stadtgeschichte dienen kann. Aus dem Arbeitskreis Stadtarchive des Bayerischen Städtetags heraus ist dieses eindrucksvolle und reichhaltig illustrierte Buch entstanden. Das Buch richtet sich nicht nur an Archivare und Historiker, sondern auch an Kommunalpolitiker, Verwaltung sowie an historisch Interessierte. Die Beiträge schlagen einen weiten und facettenreichen Bogen vom Pergament bis zum digitalisierten Aktengut.

Kommunale Archive bewahren unersetzliche Quellen; das Buch beschreibt den Quellenwert und die Aussagekraft von Urkunden, Amtsbüchern, Rechnungen, Briefen, Akten, Fotos und Bauplänen. Aspekte des Archivrechts beschreiben die Autoren ebenso kenntnisreich und prägnant aus Theorie und Praxis wie die aktuellen Herausforderungen bei der Digitalisierung von Beständen. Archive bewahren und sichern nicht nur ihre Schätze, sie kümmern sich um den Erhalt der alten Bestände und sie bekommen gleichzeitig ständigen Zulauf an Akten und Materialien aus der kommunalen Verwaltung; sie erhalten Nachlässe von Bürgern, Unterlagen von Vereinen und Firmen. Die Archive machen diese Schätze zugänglich. Kommunale Archive sind ein Teil der Verwaltung, sind allerdings nicht der verlängerte Arm der Registratur im Rathaus.

Das Buch illustriert den Wandel des Wesens der Städte vom Mittelalter bis zur Neuzeit; es skiz-

ziert den steinigen Weg zur kommunalen Selbstverwaltung seit dem 19. Jahrhundert in der Ära Montgelas bis zur Ausprägung des demokratischen Staates und der kommunalen Selbstverwaltung von der Weimarer Republik bis in die Bundesrepublik.

Die Beiträge erläutern, welche Quellen es in kommunalen Archiven zu entdecken gibt, und was sich daraus ablesen lässt zur Geschichte einer Stadt und zur Geschichte eines Gemeinwesens. Wie sind die Bestände zu nutzen? Wie kann man vermeintlich staubige Quellen zum Sprechen bringen? Was lässt sich aus Urkunden und Rechnungen oder Amtsbüchern zur Geschichte einer Stadt und zur Lebenswelt der Menschen in dieser Stadt herausfinden? Archive öffnen nicht nur Blicke in das Wirken von Rathäusern, sondern auch auf Lebensläufe von Menschen, die in der Stadt gewohnt und gearbeitet haben. Zu Familienforschung und Genealogie liegen hier unentbehrliche Urkunden, Geburts- und Heiratsregister, Meldebögen und Unterlagen über Gewerbe.

Aber es ist nicht nur Schriftliches, das kommunale Archive erschließen, sondern auch reichhaltige Fotosammlungen, Landkarten, alte Stadtpläne, Baupläne, bunte Plakate aus mehreren Jahrhunderten, Münzen und Medaillen. Vereinzelt geht es sogar weiter ins Dreidimensionale: Dies kann von der Standarte des Nazi-Oberbürgermeisters für seinen Dienstwagen bis zur Uniformjacke der Stadtpolizei aus den 1960er Jahren reichen.

Kommunalarchive – Häuser der Geschichte. Quellenvielfalt und Aufgabenspektrum im Auftrag des Arbeitskreises Stadtarchive beim Bayerischen Städtetag, herausgegeben von Dorit-Maria Krenn, Michael Stephan und Ulrich Wagner, Verlag Ferdinand Schöningh, Würzburg 2015 (624 Seiten, 29,80 Euro). www.schoeningh-buch.de

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Barrierefreie Gemeinde

Der Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, lädt zur Abschlussveranstaltung des Modellvorhabens „Die barrierefreie Gemeinde“ (am 9. Juli 2015 11:30 bis 16:00 Uhr, im Seminarzentrum am Museum für historische Maybach-Fahrzeuge) in Neumarkt in der Oberpfalz. Er stellt einen Leitfaden für die barrierefreie Umgestaltung des öffentlichen Raums vor. Darin gebündelt sind die Erkenntnisse der Modellphase von 2014 bis 2015 mit 16 Städten und Gemeinden. Dargestellt sind unterschiedliche Herangehensweisen sowie Möglichkeiten einer Beteiligung von Experten, Betroffenen und Bürgern bei der Erstellung von „gemeindlichen Aktionsplänen“, damit bei der Realisierung von Barrierefreiheit schrittweise alle Einzelprojekte sinnvoll ineinander greifen.

Persönliche Nachrichten

Verstorben

ist Bürgermeister **Max Pfuhler**, Eichstätt.

Geburtstage

Im Juni 2015 feiern

den 70. Geburtstag: **Michael Seide**, stellvertretender Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags a. D.,

den 60. Geburtstag: Bürgermeister **Wolfgang Hannig**, Marktoberdorf, Erster Bürgermeister **Klaus Ritter**, Traunreut, Bürgermeister **Herbert Waibel**, Immenstadt,

den 50. Geburtstag: Bürgermeister **Johann Dechant**, Regenstauf, Bürgermeisterin **Jessica Euler**, Aschaffenburg.

Tagung Inklusion und Kultur

Wenn von Inklusion in Bayern die Rede ist, dann geht es meist um Schule oder Mobilität. Die Tagung des Bayerischen Bezirketags, des Bezirks Mittelfranken und der Behindertenbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung zeigt, wie Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen kulturell aktiv werden und wie sie Kulturangebote nutzen. Wie kulturelle Teilhabe durch Abbau von Barrieren realisiert werden kann, zeigen Vertreter von Wissenschaft (Prof. Dr. Irmgard Merkt), Betroffene und Praxisbeispiele aus Film, Musik oder Theater. Ein Schwerpunkt ist die „Leichte Sprache“. Der Landschaftsverband Rheinland stellt vor, wie er Inklusion als Gesamtaufgabe von Politik und Verwaltung definiert und umsetzt. Hürden und Hindernisse werden ebenso beschrieben wie nachhaltige Projekte. Die Teilnahme an der Tagung ist kostenfrei. Weitere Informationen unter: <http://www.inklusionundkultur2015.de/>.

Neues Mitglied Emmering

Der Bayerische Städtetag begrüßt ein neues Mitglied: Die Gemeinde Emmering hat sich dazu entschlossen, nach der Schnuppermitgliedschaft Vollmitglied im Bayerischen Städtetag zu werden. Die Gemeinde mit rund 6.700 Einwohnern liegt im Landkreis Fürstenfeldbruck. Emmering grenzt an die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck und liegt ca. 25 Kilometer westlich von München. Als Bürgermeister amtiert seit 2002 Dr. Michael Schanderl (Freie Wähler).

Neue Bücher

Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz
Von MR Dr. Udo Dirnachner und Dr. Hans Joachim Wachsmuth, 9. AL, 49,40 Euro, Gesamtwerk mit 2028 Seiten 159 Euro, Gemeinde- und Schulverlag Bavaria, Postfach 36 29, 65026 Wiesbaden

KAG- Berechnung in Bayern
von Thimet/Mösl, 3. UPD, 19,99 Euro, 4. UPD 79,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Kommunalabgaben in Bayern
Von Ecker, 51. AL 81,70 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Kommunalabgaben- und Ortsrecht in Bayern
Von Thimet, 68. AL 93,99 Euro, 69. AL 73,99 Euro, 70. AL 93,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Kommunale Haftung und Entschädigung
Von Hillermeier, 82. AL 118,90 Euro, 83. AL 133,18 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Kommunale Kostentabelle
Von Fritsch, 40. AL 93,92 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Kommunale Zusammenarbeit Verwaltungsgemeinschaften und Zweckverbände
56. AL 139,68 Euro, 57. AL 109,60 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Kommunalrecht in Bayern
Von Prandl/Zimmermann, 125. AL, 74,12 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Kommunales Haushalts- und Wirtschaftsrecht in Bayern
Von Schreml, 123. AL 105,99 Euro, 124. AL, 78,99 Euro, 125. AL 95,99 Euro, 126. AL 95,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Kommunales Ortsrecht
Von Parzefall/Ecker, 45. AL 102,40 Euro, 46. AL 61,92 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Kommunales Vertragsrecht
Von Hillermeier, 96. AL 75,72 Euro, 97. AL 63,00 Euro, 98. AL 93,60 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Krankenhausfinanzierungsgesetz, Bundespflegesatzverordnung und Folgerecht
Kommentare, 53. AL, 280 Seiten, 48,80 Euro, 54. AL 104 Seiten, 19,20 Euro, Gesamtwerk mit 2006 Seiten 139,90 Euro, Kommunal- und Schulverlag GmbH & Co. KG, Konrad-Adenauer-Ring 13, 65187 Wiesbaden

Lexikon für das IT-Recht
Spezialausgabe für Behörden von Dr. Eugen Ehmann, 39,99 Euro, ISBN 978-3-7825-0551-2, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München
Merkblatt für kommunale Mandatsträger

Neue Regelungen für kommunale Mandatsträger zur Korruptionsprävention, 69,02 Euro, Forum Verlag Herkert GmbH, Mandichostraße 18, 86504 Merching

Ordnungswidrigkeitengesetz
Von Wieser, 133. AL 75,99 Euro, 134. AL 87,99 Euro, 135. AL 89,99 Euro, 136. AL 84,99 Euro, 137. AL 85,99 Euro, 138. AL, 91,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Personalvertretungsgesetz Bay. Kom.
Von Ballerstedt, 143. AL 97,99 Euro, 145. AL 114,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Qualität und Wettbewerb im Krankenhaus
hersg. vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, 2015, 134 Seiten, 24,80 Euro, Düsseldorfer Krankenhausrechtstag, ISBN 978-3-415-05443-1, Richard Boorberg Verlag, Scharrstraße 2, 70563 Stuttgart

Satzungen zur Abwasserbeseitigung

Von Nitsche, 54. AL 123,59 Euro, 55. AL 118,95 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Satzungen zur Wasserversorgung

Von Nitsche, 46. AL, 103,45 Euro, 47. AL 116,75 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

SGB II, SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz

Von Adolph, 88. AL 99,99 Euro, 89. AL 98,99 Euro, 90. AL 99,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Schreiben, Bescheide, Vorschriften in der öffentlichen Verwaltung

Von Linhart, 40. AL 69,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Bayerisches Schulrecht

Mit CD-ROM, 53. AL 68,00 Euro, 54. AL 68,00 Euro, 55. AL 78,00 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Das Schulrecht in Bayern

183. AL 61,80 Euro, 184. AL 55,00 Euro, 185. AL 62,00 Euro, 186. AL 63,50 Euro, 187. AL 64,80 Euro, 188. AL 64,80 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Schulfinanzierung in Bayern

Finanzhilfen im Bildungsbereich, 42. AL 44,50 Euro, 43. AL 61,00 Euro, 44. AL 64,80 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Sozialhilferecht in Bayern

Von Forster/Schulenburg, 72. AL, Richard Boorberg Verlag, Scharfstraße 2, 70563 Stuttgart

Trinkwasserversorgung

von Thimet/Krause, 240 S., ISBN 978-3-8293-1133-5, 49,80 Euro, Kommunal- und Schulverlag GmbH & Co. KG, Konrad-Adenauer-Ring 13, 65187 Wiesbaden

Umweltrecht in Bayern

Von Graß/Duhnkrack, 154. AL 78,50 Euro, 155. AL 86,10 Euro, 156. AL 87,80 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Umzugskostenrecht in Bayern

von Uttlinger, 86. AL, 45,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Vermögenserfassung und -bewertung

von Gruber, ISBN 978-3-7825-0574-1, 89,99 Euro, 1. AL 22,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Verwaltungsrecht in Bayern

Kommentar von Harrer/Kugele, 102. AL 104,30 Euro, 103. AL 93, 68 Euro, 104. AL 105,50 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Verwaltungsverfahrensgesetz und E-Government

von Bauer, Heckmann, Ruge, Schallbruch, Schulz, 2. Auflage 2014, 1328 Seiten, ISBN 978-3-8293-1091-8, 99,00 Euro, Kommunal- und Schulverlag GmbH & Co. KG, Konrad-Adenauer-Ring 13, 65187 Wiesbaden

Verwaltungsverfahrensrecht in Bayern

Von Giehl, 36. AL 39,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Verwaltungsvollstreckungsrecht der Gemeinden, Landkreise, Bezirke und Zweckverbände in Bayern

von Harald Jordan, 1. Auflage 2014, 492 Seiten, 39,90 Euro, ISBN 978-3-7922-0137-4, Verlag Reckinger, Luisenstraße 100-102, 53721 Siegburg

Termine

- 18.06.2015 **Bezirksversammlung Oberfranken** in Bamberg
- 24.06.2015 **Bau- und Planungsausschuss** in München
- 29./30.06.2015 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in Volkach
- 02.07.2015 **Arbeitskreis Bestattungswesen** in Regensburg
- 02.07.2015 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 03.07.2015 **Finanzausschuss** in München
- 06.07.2015 Arbeitskreis **Stadtarchive** in Augsburg
- 07.07.2015 Arbeitskreis **Stadtgrün** in Lindau
- 21./22.07.2015 **Vorstand** in Passau
- 22.07.2015 **Pressekonferenz** in Passau (Jahrestagung)
- 22./23.07.2015 **BAYERISCHER STÄDTETAG** in Passau
- 11.08.2015 **Pressekonferenz** in München
- 23.09.2015 Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
- 29.09.2015 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 07.10.2015 **Bezirksversammlung Schwaben** in Lindenberg i. Allgäu
- 09.10.2015 **Schulausschuss** in Lauf a. d. Pegnitz
- 09.10.2015 Arbeitskreis **Organisation** in Erlangen
- 13.10.2015 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in Memmingen
- 14.10.2015 **Bau- und Planungsausschuss** in Augsburg
- 15.10.2015 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss**
- 15.10.2015 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 16.10.2015 **Finanzausschuss** in München
- 20.10.2015 **Umweltausschuss** in München

abgeschlossen am 11. Juni 2015